

DAS STÄNDIGE VÖLKERTRIBUNAL

Gründer: Lelio Basso (Italien)

Präsident: Salvatore Senese (Italien)

Freier Handel, Gewalt, Straflosigkeit und Völkerrechte in Mexiko (2011-2014)

Einführende allgemeine Anhörung: Ciudad Juárez, Chihuahua, 27.-29. Mai 2012

Gutachten

GENERALSEKRETARIAT: FONDAZIONE BASSO

VIA DELLA DOGANA VECCHIA 5 - 00186 ROMA, ITALIEN

TEL: 0668801468 - FAX: 066877774

E-Mail: tribunale@internazionaleleliobasso.it – filb@iol.it

Web: <http://www.internazionaleleliobasso.it>

1. Einleitung

Die Kriterien und Gründe für die Einwilligung des Ständigen Völkertribunals (TPP), sich dem „Mexiko-Kapitel“ anzunehmen, wurden bereits in dem Dokument des TPP erörtert, das unter folgendem Link zu finden ist: www.internazionaleleliobasso.it. Grund für diesen Entschluss war die Petition, die am 21. Oktober 2011 von einem Netzwerk von Gruppen, Vereinen, Bewegungen und Individuen in der UNAM in Mexiko-Stadt präsentiert wurde.

Die intensive Arbeit dieser Menschen in den vergangenen Monaten und die dem TPP vorgelegten Unterlagen führten zur Einberufung und Durchführung der ersten Sitzung, die vom 27. bis 29. Mai 2012 in Ciudad Juárez anberaumt wurde. Dort wurde die „Allgemeine Anklage der Zivilbevölkerung vor dem TPP“ präsentiert, die „Die Besizenteignung und Plünderung in Mexiko“ zum Thema hat. Sie wurde anhand verschiedener Berichte dargestellt und vertieft, die eine zusammengefasste Vision der geplanten Etappen, die das TPP bis 2014 auf seinem Weg durchlaufen wird, vorwegnehmen.

Die Anklageerhebung sowie die bereits erwähnten Berichte wurden im Kontext der äußerst beeindruckenden Beteiligung von mehr als 300 Gruppen und sozialen Bewegungen vorgestellt, die ihre Verpflichtung, die „Zivilgesellschaft“ an diesem Prozess zu beteiligen, sie sichtbar zu machen und ihr eine Stimme zu geben, unter anderem in Form einer Karawane umsetzten, die vier Tage lang von Mexiko-Stadt aus das Land bereiste: Die 150 Mitglieder, die Versammlungen, Begegnungen und Feste organisierten, führten während der Eröffnungssitzung des TPP ein symbolisches Mantra vor, um die grundlegenden Ziele des TPP sichtbar zu machen. Diese bestehen weniger darin, Verurteilungen auszusprechen, sondern sollen vielmehr einen Beitrag dazu leisten, für die ausgeplünderte und ihrer Rechte beraubte Bevölkerung Mexikos eine Zukunft zu ersinnen und zu erschaffen. In diesem Sinne mag es an dieser Stelle von Nutzen sein, einige Punkte, die das methodische Vorgehen des TPP charakterisieren, aufzugreifen und die maßgebliche Rolle des Tribunals innerhalb des täglichen Kampfes der Völker um Selbstbehauptung hervorzuheben. Dabei sollen insbesondere das Mexiko-Kapitel und dessen Eröffnung in Ciudad Juárez im Mittelpunkt stehen.

1. Wie in sämtlichen Akten und Urteilen dokumentiert ist (www.internazionaleleliobasso.it), entsteht das TPP aus der Feststellung des anhaltenden Bruchs zwischen den Prinzipien und „unantastbaren“ Garantien des internationalen Rechts, insbesondere im Bereich der Menschenrechte, und der Realität der „Massen“ (Opfer von Querschnittsproblemen, wie bspw. MigrantInnen, *maquila*-ArbeiterInnen, die unwürdigen Lohnverhältnissen ausgesetzt sind, sowie Bevölkerung in Kriegssituationen), die als Opfer systematischer Verletzungen ihrer Rechte leben und sterben. Aus dieser Feststellung, die vielleicht in der jüngsten Geschichte zunehmend dokumentiert wurde, rechtfertigt es seine Legitimität.
2. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat die zunehmende Bedeutung traditioneller ökonomischer Mechanismen als strukturelle Ursachen für den planmäßigen Ausschluss der Menschen von ihren Rechtsbefugnissen aufgezeigt. Die Rechtssituation orientiert sich vielmehr immer stärker daran, was als Wirtschaftsgut betrachtet und/oder in ein solches transformiert werden kann. Diese Entwicklung charakterisiert sich durch die Generalisierung einer Logik, in der die Menschenrechte ökonomischen Belangen zum Opfer fallen und institutionelle Mechanismen die Strafflosigkeit für alle Beteiligten garantieren, die diese Logik stützen, rechtfertigen und fördern. Den wohl dramatischsten Aspekt der Entwicklung dieses weltweiten Szenarios stellt die Entstehung einer neuen „Normalität“ dar, die höchstens noch Veränderungen an der Fassade zulässt, jedoch keinen Paradigmenwechsel. Die „Wirtschaftsverträge“ sind ein wesentliches Element dieses Prozesses, in dem die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker durch einen Markt, der vorgibt, sich mit der einzig möglichen Form von Freiheit zu decken, zunehmend eingeschränkt und aktiv zum Verschwinden gebracht wird.

3. In Mexiko hat sich im Laufe der Zeit – übereinstimmend mit den bereits hervorgehobenen Merkmalen – eine modellhafte Situation herausgebildet, die diesen Prozess genau widerspiegelt. Zudem hat sich Ciudad Juárez mittlerweile – hinsichtlich der tragischen Realität der Gewalt und in der internationalen kollektiven Vorstellung – zu einem Symbol für die Unerträglichkeit der Situation und der anhaltenden Straflosigkeit, die sie charakterisiert, entwickelt.
4. Das TPP beabsichtigt nicht, die Aufgaben der bestehenden und dafür zuständigen Institutionen und Gerichte zu übernehmen. Das steht nicht in seiner Macht und ist nicht seine Aufgabe. Seine Rolle besteht vielmehr darin, eine Tribüne zu sein, um angesichts der tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Kultur, der Machtverhältnisse, der sich verändernden Logik und Sprache der mexikanischen Gesellschaft in einem internationalen Kontext, den Rechten ihre eigentliche Rangfolge zurückzugeben. Mut und Klarheit sind unerlässlich, um neue Strategien der Analyse und Beurteilung zu entwickeln und so der Zukunft auf neue Art und Weise zu begegnen.

Dementsprechend sieht sich das TPP dazu verpflichtet, im Zuge der positiven Zukunftsgestaltung Wege und konzeptuelle Werkzeuge zu erschließen – in jeglicher Hinsicht, d. h. einschließlich der konkreten praktischen Anwendbarkeit –, die mit den Inhalten und dringlichen Forderungen der Völker kohärent sind.

5. Die Beteiligung so vieler Stimmen bei der Eröffnungsanhörung reproduziert im mexikanischen Kontext das Panorama des Widerstandes (der eine Mischung und gleichzeitig Ergebnis des langen Leidens und der Hoffnungen ist, die nicht abklingen wollen, da sie im konkreten Leben und der Zukunft der Menschen verwurzelt sind), wie auf dem Treffen 1976 in Algier, auf dem die Universale Erklärung der Völkerrechte, die als Magna Carta des TPP angesehen wird, international verkündet wurde. Kein einziger Weg oder Beitrag des TPP kann entstehen oder hat einen Wert, solange er nicht Teil der Kämpfe der Völker ist – sei es in Form der Wortergreifung, der Tribüne oder der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen jenseits von auf die Vergangenheit ausgerichteten Strafurteilen.

Das sollte die generelle Funktion von Recht sein, auch wenn uns bewusst ist, dass in der Vergangenheit das Gegenteil der Fall war. Die Rückübertragung der Rechte an die RechtsträgerInnen entspricht der ursprünglichen Motivation und Perspektive des TPP, insbesondere im Falle Mexikos ausgehend von Ciudad Juárez. Die Schwere und das Ausmaß der vergangenen und andauernden Ereignisse in Ciudad Juárez hat sogar die Schöpfung neuer Wörter, wie bspw. Feminizid (*feminicidio*), nötig gemacht, um das sichtbar zu machen, was man eigentlich nicht glauben kann.

Die Jury bei der einleitenden Anhörung des TPP setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Antonio Pigrau Solé (Spanien)

Professor für internationales öffentliches Recht an der Universität „Rovira i Virgili“ (Tarragona).

In Spanien ist er Berichterstatter für das Yearbook of International Humanitarian Law, das seit 1998 vom TMC Asser Instituut, Den Haag, Niederlande, herausgegeben wird. Seit Dezember 2007 ist er Direktor des Zentrums für umweltrechtliche Studien in Tarragona (CEDAT) sowie Direktor des Katalanischen Journals für Umweltrecht (seit 2009). Er ist Mitglied im Regierungsrat des Internationalen Katalanischen Institutes für den Frieden (ICIP). Zudem ist er Autor verschiedener Veröffentlichungen zum Thema Umweltrecht, Menschenrechte, internationales humanitäres Recht, internati-

onales Strafrecht und Friedenserhaltung.

Alejandro Teitelbaum (Argentinien)

Anwalt, Absolvent der Rechtsfakultät der Universität von Buenos Aires und Inhaber eines akademischen Abschlusses in internationalen Wirtschaftsbeziehungen am Institut für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung der Universität Paris I. Von 1985 bis 2006 vertrat er nacheinander die Internationale Föderation der Menschenrechte und die amerikanische Vereinigung von Juristen vor den Vereinten Nationen in Genf. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und Dokumente.

Graciela Daleo (Argentinien)

Seit 1996 Mitglied des Freien Lehrstuhls für Menschenrechte an der Fakultät für Philosophie und Geisteswissenschaften der Universität von Buenos Aires. Überlebende des geheimen Konzentrationslagers, das während der Militärdiktatur (1976-1983) in der Schule für Kriegsflottenmechanik (*Escuela de Mecánica de la Armada*) in Buenos Aires eingerichtet wurde. Sie ist Mitglied einer Gruppe juristisch-politischer AktivistInnen, die sich in Argentinien in verschiedenen juristischen Prozessen aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen engagiert haben.

Nora Cortiñas (Argentinien)

Argentinische Menschenrechtsverteidigerin, Mitbegründerin der „Asociación Madres de Plaza de Mayo, Línea Fundadora“. Sie ist Sozialpsychologin und Dozentin an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Buenos Aires. Seit 1998 ist sie Inhaberin des Lehrstuhls „Ökonomische Macht und Menschenrechte“. Sie ist Ehrendoktorin der Freien Universität Brüssel, Belgien, des Jahres 2000. Auch die Universität von Salta verlieh ihr 2004 den Titel einer Ehrendoktorin, um ihre Laufbahn als Verteidigerin der sozialen und ökonomischen Rechte der argentinischen Bevölkerung zu würdigen.

Gill Boehringer (Australien)

Er war Dekan der „Macquarie Law School“ der Macquarie-Universität von Sydney, Australien, sowie Direktor des „Center for the Critical and Historical Study of the Common Law“. Zurzeit ist er Ehrenmitglied der „Macquarie Law School“. Er ist Mitherausgeber der Monographie „Critique of Law“ und Autor zahlreicher Essays. Er hat mehr als 200 Artikel zu verschiedenen Themen publiziert, beispielsweise zu Gesundheit und Arbeitssicherheit, Menschenrechten, Gesetz, Staat und Ideologie. Er ist Mitglied des Verlagskomitees des „Alternative Law Journal“ (Australien), des „Editorial Boards of the Australian Journal of Law and Society“ und des „Alternative Criminology Journal“ (Australien), sowie Berater des internationalen Journals „Contemporary Crises“.

Mireille Fanon Mendes France (Frankreich)

Präsidentin der Frantz-Fanon-Stiftung und Mitglied der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen. Sie wurde zum Mitglied der UN-Expertengruppe zum Thema Menschen afrikanischer Abstammung gewählt.

2. Prozedere und Rahmen

Die Anhörung des TPP entwickelte sich gemäß dem allgemeinen Arbeitsplan und ausgearbeiteten Programm, das im Anhang zu finden ist. Für die einführende Anhörung wurden folgende grundlegenden Themen ausgewählt:

- die Präsentation des allgemeinen Referenzrahmens, der Motivationen und der Anträge der Anklageschrift (sowohl während der Eröffnung als auch zum Abschluss der öffentlichen Sitzungen);
- die Präsentation der sieben Themenblöcke der Anklageerhebung, die für die thematischen Anhörungen über den gesamten Zeitraum des Tribunals hinweg vorgesehen sind.

Die Mitglieder der Jury bekamen die Möglichkeit, während jeder einzelnen Präsentation Fragen zu stellen und Kommentare zu äußern. Neben den mündlichen Vorträgen erhielt das TPP auch formale schriftliche Berichte, die sehr ausführliche Daten, Analysen, Zeugenaussagen sowie eine multimediale Dokumentationen beinhalten. Alle diese Daten sind in den Archiven des TPP zugänglich.

Übereinstimmend mit den vor der Anhörung festgelegten Zielen – die den Referenzrahmen darstellen und speziell für den Fall Mexiko und die unterschiedlichen Themenblöcke angewandt werden können bzw. müssen – lässt sich die durch das TPP formulierte Position in vier Punkte unterteilen:

- ein sehr synthetisches Profil der Situation des Landes, das sich aus den erhobenen Daten ergibt, die eine Definition des Szenarios im Landesinnern und auf internationaler Ebene ermöglichen und von der Notwendigkeit dieser Anhörung zeugen;
- eine „transversale“ Präsentation/Evaluation der Inhalte und grundlegenden Bedeutung der bereits erwähnten sieben Anhörungen;
- die wesentlichen Merkmale des Falls Chihuahua;
- die Entscheidungen der Jury, die sich speziell auf den Referenzrahmen der Anklageerhebung beziehen, unter Berücksichtigung der Daten, Informationen und Analysen der Berichte, die die Inhalte der zukünftigen Anhörungen vorab bestimmen.

3. Mexiko: Ein grundlegendes Profil

Die zu berücksichtigenden Daten beziehen sich auf die Makro-Indikatoren der Zusammensetzung der Bevölkerung und der ökonomischen Situation, wobei ein spezieller Fokus auf die Phase nach Mexikos Beitritt zum NAFTA (am 1.1.1994 in Kraft getretenes Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko) gelegt wird.

In der Bevölkerung von 112 Mio. Menschen (2010) machen die *campesinos* (LandarbeiterInnen) einen Anteil von 25% aus. Sie haben 102 Mio. Hektar Land inne, die in 32.000 *ejidos* (Gemeinde-land) und Gemeinschaften organisiert sind.

Die Indigenen (15 Mio.) stellen insgesamt 13% der Bevölkerung dar. Zwar werden ihre verfassungsgemäßen individuellen Rechte von rechtlicher Seite anerkannt, nicht jedoch ihre kollektiven und gemeinschaftlichen Rechten.

Die vielleicht erdrückendste Zahl, auch wegen ihres starken Bezuges zum NAFTA, betrifft die MigrantInnen: 35 Mio. MexikanerInnen leben in den USA, und davon haben 20 Mio. das Land nach Unterzeichnung des NAFTA-Vertrages verlassen.

Den offiziellen Zahlenangaben des mexikanischen Staates zufolge (die auf Methoden zurückgehen, die in der Kritik stehen, da viel zu niedrige Schwellenwerte für Armut festgesetzt werden) wird mindestens 52 Mio. Menschen mindestens eines ihrer grundlegenden Rechte auf soziale Entwicklung (Gesundheit, Bildung, Unterkunft, Ernährung) verwehrt. Es mangelt ihnen an genügend Einkommen, um andere ihrer grundlegenden Bedürfnisse stillen zu können, wie etwa Transport, Woh-

nungsmiete, Kultur, Erholung usw.

Laut offiziellen Angaben lebten 2010 insgesamt 52 Mio. MexikanerInnen (46%) mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 2.200 Pesos (dies entspricht derzeit ungefähr 160 USD), in ländlichen Gebieten kann das monatliche Einkommen sogar unter 1.370 Pesos (ca. 98 USD) liegen. Das bedeutet, dass fast 50 Mio. Menschen in unterschiedlichem Maß einer Ernährungsunsicherheit ausgesetzt sind, von denen wiederum fast 12,2 Mio. – obwohl sie all ihre Einkünfte ausgeben – nicht in der Lage sind, sich all jene Lebensmittel zu beschaffen, die vom mexikanischen Staat als Minimum im Warenkorb für Grundbedürfnisse angegeben werden, um nicht in einem Zustand der Nahrungsmittelarmut zu leben.

Unabhängigen Untersuchungen zufolge leben mindestens 60 Mio. Menschen (etwa 53,5% der Gesamtbevölkerung Mexikos) in Armut, was 16 Mio. Menschen mehr entspricht als bei Antritt der derzeitigen Regierung (2006-2012).

Die informelle Wirtschaft repräsentiert bis zu 35% des Bruttoinlandproduktes (BIP), während die Geldwäsche Summen von bis zu 45 Mrd. USD pro Jahr erreicht, wobei beide Sektoren einander begünstigen. Dazu kommt die strukturelle Unfähigkeit der mexikanischen Regierung, gegen die korporativen Unternehmerinteressen eine Steuerreform durchzusetzen.

In diesem Szenario sind zwei neuere Entwicklungen hervorzuheben, die mit der Selbstbestimmung der Völker und der durch die Wirtschaftspolitik geschaffenen Barrieren, die den Zugang zu grundlegenden Rechten erheblich erschweren, in unmittelbarer Verbindung stehen.

- Im Mai 2012 ging man davon aus, dass sich mehr als 80% von dem, was ursprünglich Eigentum der mexikanischen Ölgesellschaften war (Shell, BP, Chevron, Halliburton, Schlumberger, Repsol, Mexdrill Offshore, Noble Contracting Sarl, Diamond Offshore Drilling, CGG Veritas Services México, Sea Dragon Mexico, Laurent Oil & Gas Limited, Teikoku, Oil Techint, Tecpetro, D&S Petroleum, Petrofac usw.), sowie 55% der mexikanischen Elektrizitätsindustrie bereits in privaten und insbesondere in ausländischen Händen befand (Gas Natural Fenosa, Iberdrola, Enel, Electricité de France, american electrical services).
- Fast alle Banken befinden sich in US-amerikanischem, spanischem und anderem Besitz (Citibank, Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, Santander, HSBC, Scotian Bank usw.).
- Die Förderung von Mineralen ist in den Händen von mexikanischen Unternehmen wie Grupo México, Industria Peñoles, Frisco, Grupo Acerero del Norte y Minera Autlán, wengleich der Großteil Gold-, Silber-, Kupfer-, Blei-, Zink- und Molybdänabbaus auf mächtige ausländische Bergbauunternehmen übergegangen ist, vor allem kanadische und US-amerikanische Unternehmen wie Gold Corp, Kings Minerals, Gammon Gold, Alamos Gold, Panamerican Silver, Anglo American PLC, BHP Minerals International Exploration, Newmont Mining Company, Phelps Dodge Corporation, Noranda inc., Barrick Gold, Placer Dome inc., Teck Corporation- Cominco, Gold Fields Limited, Freeport Mcmoran Copper & Gold, Inc., Glod Group, Continuum Resources, Acerlos Mital, Codelco usw.
- Bei der Infrastruktur für die Wasserversorgung wurde das gesamte nationale Netz von Kläranlagen der Gemeinden durch BOT-Verträge privaten Unternehmen überlassen.
- Die Bereiche Biodiversität und Umweltdienstleistungen liegen in den Händen der Weltbank und transnationaler Netzwerke von Umweltorganisationen aus den USA wie The Nature Conservancy, Conservation International und World Wildlife Foundation.
- Die Systeme für Trinkwasser sind in den Händen von Veolia, Suez, Aguas de Barcelona, US

Water oder gehören zum Imperium von Carlos Slim. Die Abfüllindustrie ist in den Händen von Coca Cola, Pepsicola, Nestlé und Danone.

- Der Mais und die mexikanische Landwirtschaft sind in den Händen von Monsanto, Cargill, Archer Daniels Midland, Dow Chemical, Smithfield, Corn Products International, Arancia, Rice Tec, Country, Pepsico, Meseca, Minsa, Corn Products International, Femsa. Tyson, Pilgrim´s, Campi und Bachoco kontrollieren ihrerseits 75% des Geflügelmarktes; Smithfield, IBP, Conagra und Farmland machen den überwiegenden Marktanteil für Schweine- und Rindfleisch aus.
- Die mexikanische Eisen- und Stahlindustrie ist in den Händen von Ternium, Tenaris, Mabe, Altos Hornos, De Acero, Acerlor Mittal usw. Die Autoindustrie ist in den Händen von Ford, Nissan, Volkswagen, Honda, Toyota, Mazda usw.
- Die Teilfertigungsindustrie ist in den Händen von Hewlett-Packard, Mabe, Jabil Circuit, General Electric, LG Electronics, Flexitronics Manufacturing, Bosch, Magna International, Nemak, IBM, Mototrola usw.
- Das Telefonnetz ist in den Händen von América Móvil, Nextel und Telefónica.
- Das Fernsehen ist in den Händen von Televisa und Telefónica.
- Die Eisenbahnnetze sind in den Händen von Union Pacific, Kansas City Southern, TMM/TFM, Ferromex/Ferrosur, Genesee & Wyoming Inc. und der spanischen Gruppe Construcciones y Auxiliar de Ferrocarriles SA (CAF).
- Die Netzwerke zum Schmuggel von MigrantInnen werden von kriminellen Drogenunternehmen bzw. -kartellen, die im Golf von Mexiko aktiv sind, kontrolliert.
- Die kommerziellen Netzwerke, die die Verteilung von Lebensmitteln an den Einzelhandel kontrollieren, sind Wal-Mart, Aurrerá, Soriana, Oxxo, Comercial Mexicana, Chedraui, Liverpool, Copel, Elektra, Home Depot, Iffice Depot, 7Eleven, Exxtra usw.
- Die Baubranche wurde durch eine Reihe von Bauunternehmen wie ICA, OHL und FCC monopolisiert, während der Bau von Sozialwohnungen in den Händen von Unternehmen wie Casas Geo, Ara, SADASI, Homex, Homex-Beta, Consorcio Hogar, CAME, SARE, URBI, PULTE und DEMET verblieb. Der Tourismus liegt in den Händen von Unternehmen wie Operadora Nacional Hispana, Barceló, Grupo Posadas, AM Resorts usw.

Die Regierung von Felipe Calderón unterstützt weiterhin die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung – insbesondere des Mexikanischen Institutes für Sozialversicherung (*Instituto Mexicano del Seguro Social, IMSS*) und des Institutes für Soziale Sicherheit und Dienstleistungen für Staatsangestellte (*Instituto de Seguridad Social y Servicios para los Trabajadores del Estado, ISSSTE*). Begründet wird dies mit dem technischen Bankrott dieser Institutionen infolge ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern (speziell der Zahlung von Renten an Ruheständler). Der Bildungsbereich soll im Rahmen des Nationalen Programms zur Finanzierung der Hochschulbildung (*Programa Nacional para el Financiamiento a la Educación Superior, PNFE*) privatisiert werden. In diesem Zusammenhang sollen 2,5 Mrd. mexikanische Pesos für Ausbildungskredite an private Hochschulen vergeben werden, anstatt diese Gelder den staatlichen Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Dem gleichen Zweck dient die sogenannte Allianz für Bildungsqualität (*Alianza para la Calidad Educativa, ACE*), im Rahmen derer die Richtlinien der Lehreraufbahn reformiert und als Kontrollinstrument für die Anstellung und Rechte der Lehrer umstrukturiert werden. Außerdem soll der Unternehmenssektor in die Gestaltung der Bildungspolitik mit ein-

bezogen werden, indem er in sogenannten „Räten für soziale Beteiligung“ (*consejos de participación social*) und am Aufbau der Bildungsinfrastruktur beteiligt wird.

4. Die thematischen Anhörungen

Das TPP möchte vor allem – und zwar als ein grundlegendes Kriterium für das Verständnis seiner Entscheidungen – einerseits allen ReferentInnen, allen ZeugInnen und den Organisationen und Bewegungen, die sie vertreten haben, seine Bewunderung und seinen Dank für die Qualität, den Informationsreichtum, die Genauigkeit der Daten, die Klarheit der Vorträge und der vorgelegten Dokumentationen ausdrücken, die gerade aufgrund der häufig dramatischen und bewegenden Inhalte leicht zu Beiträgen hätten werden können, die für die Auswertung und Formulierung einer Position wenig nützlich gewesen wären, da sich letztere definitionsgemäß auf glaubwürdige und beweisbare Tatsachen und Daten stützen muss. In diesem Sinne und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Material und die vorgelegten Beweise nun die Vorlage für die thematischen Anhörungen bilden, die jedes Thema vertiefen sollen, fasst das TPP in den folgenden Punkten die wichtigsten Aspekte zusammen, die für diese thematischen Anhörungen die größte Bedeutung haben.

1. Besonders wichtig, bereichernd und auf nützliche Art und Weise provozierend scheint eine zusammenfassende Vorstellung der sieben Themenblöcke, wobei jeder einzelne als eine eigene Einheit betrachtet werden kann, aber insgesamt dennoch Teil einer Gesamtperspektive und Leitfaden in einem systematischen Kontext darstellt.
2. Jede der dargestellten Realitäten benötigt eine sehr genaue „Beurteilung“ (konzeptionell, faktisch, juristisch). Freilich wurde jede einzelne dieser Beurteilungen wirkungsvoll dargestellt, um den ganzen Kontext sichtbar zu machen, einschließlich der Geschehnisse, Akteure, Verantwortlichkeiten sowie wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, institutionellen und juristischen Beurteilungen.
3. Das daraus gewonnene Bild zeigt überaus deutlich ein Land bzw. eine Situation, deren Wurzeln bis in die sechziger Jahre zurückgehen, und die Entwicklung vom Staat verübter Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Verfassungsrechte in den siebziger und achtziger Jahren. Es zeigt sich auch, dass mit der zunehmenden Akzeptanz der Logik und der Verträge des Freihandels in den neunziger Jahren die Tatsachen und Vorschriften, die eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Folge hatten, nicht nur dramatisch beschleunigt und intensiviert, sondern vor allem ins System übernommen und institutionalisiert wurden. Gleichzeitig hat sich der Zugang der mexikanischen Bevölkerung zu juristischen Schutzmaßnahmen bei Rechtsverletzungen zunehmend verschlechtert (die zahlreichen Daten, die für jeden Themenblock vorgelegt wurden, bestätigen dies).
4. Die dem TPP vorgetragenen Informationen verweisen auf ein Spektrum von Situationen, die die große Vielfalt der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und repressiven Strategien dokumentieren, die angewandt werden (mit besonderer Härte gegen indigene Gemeinden). Was das TPP am meisten beeindruckt hat, ist die zunehmende Wahrnehmung der sehr genauen und detaillierten Planung, die das allgemeine Ziel verfolgt, die vorherrschende Logik von Regierung und gesellschaftlicher Organisation, in der die Rechte der Menschen (als Einzelperson und als Gruppe) abhängige ‚Variablen‘ (und damit absolut nebensächlich und entbehrlich) der unantastbaren Prioritäten der wirtschaftlichen, nationalen und internationalen Interessen sind, mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen.
5. Auf der Grundlage sämtlicher Präsentationen – von denen jede einzelne mit detailreichen Daten gefüllt war, die Personen und konkrete Gemeinschaften zu Hunderten, Tausenden, Millionen betreffen – wurde eine Landkarte skizziert, die den allgemeinen und neutralen Begriff „Freihandel“ in komplementäre Wirklichkeiten überträgt, von denen jede einzelne und alle zusammen ein

ganzheitliches und massives Szenario von Menschen- und Völkerrechtsverletzungen aufzeigen: Arme (drei von vier in ländlichen Gebieten), MigrantInnen (die Daten sind aufgrund ihrer quantitativen und qualitativen Ausmaßes unmöglich zusammenzufassen), Ermordete (möglicherweise ist das eine Besonderheit von Mexiko), Zerstörung von Arbeitsplätzen und Zunahme von Arbeitslosigkeit (von den Teilfertigkeitsfabriken bis zur informellen Arbeit), die zunehmende Ungleichheit und die Verletzungen der Menschenwürde, Militarisierung und Paramilitarisierung als Sicherheit, Verschwindenlassen, Folter ...

6. Die sehr deutlich übermittelten Informationen (Analysen, Bilder, ZeugInnenaussagen, Daten), auch sehr spezielle Informationen über Mais, Umweltzerstörung und Ernährungssouveränität, sind der Beweis für einen systematischen und strukturellen Angriff auf die Kulturen und die Identität selbst sowie auf die Zukunft der Völker Mexikos.

7. All dies spielt sich in einem Kontext der Straflosigkeit ab, in dem auch im internationalen Vergleich die schlimmsten institutionellen Verhältnisse erkennbar sind (beispielhaft dafür steht auch Kolumbien, diesen Fall hat das TPP konkret überprüft). Die vom TPP gehörten Aussagen und die erhaltenen Dokumentationen unterstreichen auch die entkoppelte Politik des mexikanischen Staates, der zwar alle möglichen Abkommen und Verpflichtungen unterzeichnet, diese aber anschließend nicht erfüllt.

8. Ein Aspekt, der besonders betont werden muss (aufgrund seiner wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung, die durch die vorgelegten Daten bewiesen wurde), bezieht sich auf die Massenmedien, und zwar aus zweierlei Gründen, die charakteristisch für Mexiko sind: Die Anzahl der ermordeten JournalistInnen (mehr als siebzig allein in der ersten Jahren des 21. Jahrhunderts) und die Repression (die bis zu Mord gehen kann) von jeglicher Art freier Meinungsäußerungen unabhängiger Medien. Die ZeugInnenaussagen werden vom TPP als repräsentativer Querschnitt für sämtliche Anhörungen verstanden: Es geht um den Widerstand gegen die Strategien, mit denen all jene gewaltsam zum Schweigen gebracht werden sollen, die sich gegen die „Besetzung“ (im strikten, einschließlich im juristischen, Sinne des Wortes) des Raumes der Menschenrechte und der Völker durch die gewaltsamen Angriffe des freien Marktes zur Wehr setzen.

9. Letztendlich betont das TPP die absolute Bedeutung – bewiesen durch die in sämtlichen Anhörungen vorgelegten schlüssigen Daten – der internationalen geopolitischen Lage Mexikos, wobei zahlreiche Akteure, insbesondere die USA, eine Rolle spielen. Es handelt sich um eine perfekte Darstellung, die zeigt, wie die Verträge (die laut Vereinbarung symmetrisch sein sollten), in denen diverse Strategien des Freihandels vorgeschlagen werden, zu einer beschleunigten und tendenziell irreversiblen Förderung einer radikalen Asymmetrie (einer wahrhaften Aggression) gegenüber des verurteilten Vertragspartners führen, wobei die Regierungen beider Seiten der Ungleichheit und Aufgabe ihrer Selbstbestimmung zustimmen.

10. Schließlich bleibt die zentrale Rolle Mexikos für illegale Märkte aller Art, angefangen vom Drogen- über den Menschen- bis hin zum Waffenhandel, hervorzuheben, die durch die Daten bei den Anhörungen (ganz besonders bei der ersten) offengelegt wurde. Von den 22 illegalen Bereichen, die die Vereinten Nationen festlegt haben, ist Mexiko in 21 Bereichen präsent. Diese sind vielleicht die wichtigsten Indikatoren dafür, was internationale Politik mit sich bringen kann, wenn die Rechte der Völker nicht berücksichtigt werden.

Um diese kurze und unvollständige Zusammenfassung zu schließen, soll ein Fakt betont werden, der dem TPP zufolge im Leben des mexikanischen Volkes entscheidend ist und im Einklang mit der Rolle des TPP steht: Alle Anhörungen schließen punktuell mit ganz konkreten „Empfehlungen“, sowohl an das TPP selbst mit seinen verschiedenen Kompetenzbereichen als auch an den Staat und alle anderen Akteure. All diese Empfehlungen entsprechen Realitäten des Widerstandes, die auf die Zukunft ausgerichtet sind. All diese Empfehlungen – manche notwendigerweise provokant, aber

gerade deswegen sehr wichtig – wurden entgegengenommen und werden bei den geplanten Anhörungen berücksichtigt. Die Völker, die sie vorgelegt haben, sind auch diejenigen, die die Entscheidungen, wie sie vom TPP später im letzten Teil formuliert werden, rechtfertigen, unterstützen und ihnen Sinn geben.

5.Über die angebliche Vereinbarkeit von Freihandel und Menschenwürde

Der Aufbau der kolonialen Imperien basierte auf der Aneignung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskraft, oft in Form von Versklavung, der eroberten Völker und Territorien durch die Großmächte der jeweiligen Zeit auf der Grundlage ihrer technologischen Überlegenheit und militärischen Macht. Handelsunternehmungen waren das operative Mittel, um einen angemessenen Ressourcenfluss für den Grundumsatz des aufkommenden Kapitalismus zu sichern.

Mit der Überwindung der Entfernungen und im Laufe der Jahre etablierte sich dieses Modell. Die internationalen Handelsbeziehungen sind nach wie vor von einem vorherrschenden Modell bestimmt, das sich durch ungleiche Handelsbeziehungen, die Ausbeutung der Arbeitskraft der schwächsten Sektoren der Weltbevölkerung und massive Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auszeichnet, von der wir inzwischen wissen, dass sie die Belastungsfähigkeit des Planeten weit überschreitet und die massive Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft zur Folge hat, was das Überleben des Planeten selbst in Frage stellt. In der heutigen Situation bezeichnen sich die alten Handelsunternehmen als transnationale Unternehmen. Ihre Funktion ist dieselbe: die Aufrechterhaltung des Flusses von Energie, Geldmitteln und Arbeitskraft, die notwendig ist, damit ein kleiner Teil der Menschheit seinen Lebenswandel und Konsum aufrechterhalten kann, der sich dadurch auszeichnet, dass ein substantieller Anteil an Reichtum angehäuft wird, indem der großen Mehrheit der Zugang dazu verwehrt wird.

Das derzeit geltende internationale Recht spiegelt gleichzeitig unterschiedliche Interessen wieder.

Auf der einen Seite stehen die Interessen der dominierenden Staaten, die ein Netz von Vorschriften etabliert haben, die dazu dienen, das Modell internationaler wirtschaftlicher Beziehungen zugunsten der transnationalen Unternehmen zu verschleiern:

- Der Schutz von Investitionen im Ausland wird über bilaterale Verträge garantiert, deren strenge Überwachung durch internationale Gerichte gesichert ist.
- Die Märkte werden unter Aufsicht der Welthandelsorganisation im Rahmen von Freihandelsabkommen für ausländische Produkte geöffnet.
- Internationale Finanzinstitutionen forcieren die Schwächung des staatlichen Wirtschaftssektors, indem sie Privatisierung und Deregulierung einfordern, in dem Glauben, dies sei für die transnationalen Unternehmen das passende Szenario für die Durchdringung der Märkte.
- Und letztendlich wird jegliche internationale Regulierung von Unternehmensaktivitäten und -verantwortlichkeiten vermieden.

Andererseits hat das internationale Recht infolge des Kampfes von Millionen Menschen und Tausenden von Organisationen auf der ganzen Welt das Prinzip der Menschenwürde als grundlegende Norm bekräftigt und durch eine Vielzahl von Verträgen zum Schutz der Menschenrechte und die Schaffung verschiedener Schutzmechanismen weiterentwickelt.

Seit Ende des 20. Jahrhunderts besagt der vorherrschende Diskurs, dass Freihandel und Menschenrechte kompatibel und gleichermaßen notwendig sind. Aber diese sogenannte Vereinbarkeit der

Prinzipien des Marktes mit einem System der Garantie der fundamentalen Menschenrechte, wie sie in den reichsten Ländern in kleinem Maßstab erprobt werden konnte, hat gleichzeitig die Widersprüche dieses Modells nach außen exportiert und sich im Weltmaßstab als untragbar erwiesen. Denn in der Praxis sind die internationalen Vorschriften, die den Respekt der Menschenwürde und ihre Schutzmechanismen garantieren sollen, sehr schwach. Für die Mehrheit der Weltbevölkerung haben sie in Anbetracht der rasanten Entwicklung von Gesetzen und Umsetzungsgarantien, die die Prinzipien des Freihandels unerbittlich in allen Winkel der Erde trägt, de facto keine Bedeutung.

Das Gleiche könnte über die Verträge zum Schutz der Umwelt gesagt werden. Das wiederholte Scheitern der Verhandlungen zur Ergreifung entscheidender Maßnahmen gegen den Klimawandel über die Beschränkungen des Kyoto-Protokolls hinaus steht hier beispielhaft.

Daher muss deutlich gesagt werden, dass die Mechanismen des Freihandels nicht mit der Menschenwürde vereinbar sind, ebenso wenig wie mit den Rechten der Völker der Welt und der Nachhaltigkeit des Umweltschutzes.

6.Über die Souveränität der Staaten

Eine der wesentlichen Aspekte der weltweiten Liberalisierung ist der Frontalangriff auf die soziale Rolle des Staates sowie auf die Zuständigkeiten der öffentlichen Hand hinsichtlich der Kontrolle und Regulierung von Kapital, Handel, Investitionen, Dienstleistungen und natürlichen Ressourcen. Diese Globalisierung ist nicht nur ein rein wirtschaftlicher Prozess, sondern umfasst gleichzeitig politische, ideologische, soziale und juristische Aspekte, die wiederum direkte negative Auswirkungen auf die volle Ausübung aller Menschenrechte, Völkerrechte und sogar Staatenrechte haben.

Wie schon erwähnt wurde, beruht die Organisation der gegenwärtigen internationalen Gesellschaft auf Herrschaft, Diskriminierung, der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Durchsetzung einer antidemokratischen internationalen Weltordnung. Sie stützt sich im Wesentlichen auf das internationale Recht, das sich mit den Interessen der reichen Länder und des privaten Kapitals mischt.

Die Rolle der öffentlichen Hand ist praktisch überall darauf reduziert worden, die Privatisierung und den Verkauf öffentlicher Güter an transnationale Unternehmen juristisch zu regulieren und die Umstrukturierungen in Industrie und Landwirtschaft zu regeln, die Entlassungen oder den Ausschluss von Angestellten, ArbeiterInnen und LandwirtInnen mit sich bringen. Ebenso hat sie die Kontrolle über die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik verloren. Vor allem der Staat hat als politischer und sozialer Akteur, dem die Regulierung obliegen sollte, seine Rolle als Umverteiler des Reichtums durch eine entsprechende Fiskal- oder Eigentumspolitik eingebüßt. Nach und nach wurde der Staat auf die Rolle reduziert, Privatinteressen zu schützen. Jegliche soziale Funktion hat er aufgegeben.

Im Zuge einer institutionellen und strukturellen Ablösung von der Macht ist der Staat zu nichts anderem als einem Akteur im Prozess geworden, der sich einzig und allein der Aufgabe widmet, die weltweite kapitalistische Durchdringung zu erleichtern, indem er dazu in seiner zusätzlichen Rolle als Ordnungshüter all die ihm zur Verfügung stehenden Zwangsmechanismen gegen den Widerstand und die Opposition, die sich gegen das Modell regen, einsetzt.

In diesem Kontext es ist bedauerlich, dass die UNO, die ursprünglich für die Gewährleistung von Frieden und internationaler Sicherheit gegründet wurde, aufgrund ihrer extremen Abhängigkeit von dominierenden Mächten und speziell von den Vereinigten Staaten, wie zahlreiche offizielle Dokumente zeigen, inzwischen zu einem weiteren Teil der Strategie geworden ist, diese liberale Weltordnung zu verbreiten.

All dies steht im Widerspruch zu dem vielfach von der Generalversammlung der UNO bestätigten Recht auf freie Selbstbestimmung der Völker, was das Recht eines jeden Volkes beinhaltet, sein eigenes politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System zu wählen. Und im Zusammenhang mit diesem Recht wurde die ständige Souveränität der Staaten über deren natürliche Ressourcen festgeschrieben, wodurch jeder Staat das Recht hat, Güter zu verstaatlichen und zu enteignen. Dieses Recht gilt vor privaten oder Einzelinteressen.

Die Souveränität über die natürlichen Ressourcen beinhaltet das Recht eines jeden Staates, die Aktivitäten von transnationalen Unternehmen auf seinem Territorium zu reglementieren sowie Investitionen zu regulieren und die Amtsgewalt darüber auszuüben. Daher beinhaltet deren Zustimmung die Bestätigung, dass wir uns in einem der Rechtsräume bewegen, die das internationale Recht jedem Staat zugesteht.

Letztendlich geht es darum klarzustellen, ob Staaten oder Regierungen – insbesondere die mexikanische Regierung – den politischen Willen zeigen, sich dem Druck und den Problemen zu stellen, die durch die Globalisierung verursacht wurden, und ob sie in der Lage sind, nationale, lokale und regionale Alternativen umsetzen, die sich an einer menschlichen Entwicklung orientieren.

7. Der Fall Mexiko als Modell der angemessenen Integration in die globalisierte Wirtschaft

Mexiko wird als Vorbild für eine angemessene Integration in die globalisierte Wirtschaft dargestellt. Seit seinem Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen im Jahr 1986 hat Mexiko bis 2012 neben anderen Handelsverträgen und 28 bilateralen Investitionsverträgen mit insgesamt 42 Ländern Freihandelsverträge unterzeichnet. Damit steht Mexiko auf der höchsten Stufe der Öffnung für den Waren- und Kapitalumlauf.

In diesem Rahmen nimmt das 1993 unterzeichnete Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA eine Schlüsselrolle ein. Die Nachbarschaft zu den Vereinigten Staaten und die aus deren Sicht strategische Rolle der mexikanischen Energieressourcen führten dazu, dass mit entschlossener Unterstützung der verschiedenen mexikanischen Regierungen die Wirtschaft Mexikos komplett zerschlagen und den wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer transnationalen Unternehmen untergeordnet wurde. Gegenwärtig gehen ca. 83,5% der mexikanischen Exporte auf den nordamerikanischen Markt und mehr als die Hälfte der Importe Mexikos stammt von dort (51,1%).

In Ciudad Juárez, einer Stadt, in der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel miteinander verknüpft sind, wird diese Politik besonders deutlich sichtbar.

Dieser Prozess äußert sich in einer großen Anzahl an Gesetzesreformen und zeichnet sich durch unter anderem durch die folgenden wichtigen Bestandteile aus:

- a) Privatisierung der nationalen Industrie und öffentlichen Dienstleistungen mit mehr als 1300 betroffenen Gewerben in sämtlichen Wirtschaftssektoren;
- b) Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Gehälter und der Kündigungsbedingungen;
- c) Abbau der unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen und Verfälschung der kollektiven Verhandlungen durch die Förderung nicht unabhängiger Gewerkschaften;
- d) Einführung des Modells der *Maquiladoras* als extremes Beispiel für unwürdige Arbeitsbedingungen: Gehälter von 4 Dollar pro Tag für 9 Stunden Arbeit, kurzzeitig befristete Arbeitsverträge, flexible Arbeitsbedingungen, keine gewerkschaftliche Verteidigung und ständige Bedrängung am

Arbeitsplatz;

- e) Möglichkeit der Privatisierung von *Ejido*-Land und kommunalen Ländereien;
- f) Öffnung des Handels für das ungehinderte Eindringen von Primärprodukten und Fabrikerezeugnissen, Industrie- und Agrarprodukten;
- g) Streichung der Agrarsubventionen;
- h) Öffnung des Marktes für genetisch veränderte Produkte und die neue Saatgutregelung;
- i) Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, bspw. des Gesundheitssektors – insbesondere des *Instituto Mexicano de Seguro Social* und des *Instituto de Seguridad Social y Servicios para los Trabajadores del Estado (ISSSTE)* – was mit dem technischen Bankrott beider Institutionen aufgrund ihrer Verbindlichkeiten gegenüber (speziell der Zahlung von Renten an Ruheständler) begründet wird;
- j) Tendenz zur Privatisierung des öffentlichen Bildungswesen mittels der Durchsetzung des Nationalen Programmes für die Finanzierung der Hochschulbildung (*Programa Nacional para el Financiamiento a la Educación Superior*, PNFE). In diesem Zusammenhang sollen 2,5 Mrd. mexikanische Pesos für Ausbildungskredite an private Hochschulen vergeben werden, anstatt diese Gelder den staatlichen Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Dem gleichen Zweck dient die sogenannte Allianz für Bildungsqualität (*Alianza para la Calidad Educativa*, ACE), im Rahmen derer die Richtlinien der Lehrerlaufbahn reformiert und als Kontrollinstrument für die Anstellung und Rechte der Lehrer umstrukturiert werden. Außerdem soll der Unternehmenssektor in die Gestaltung der Bildungspolitik mit einbezogen werden, indem er in sogenannten „Räten für soziale Beteiligung“ (*consejos de participación social*) und am Aufbau der Bildungsinfrastruktur beteiligt wird;
- k) Nichtachtung der Nachhaltigkeitskriterien in der Bodennutzungs- und Planungspolitik, die darauf abzielt, die Bevölkerung in den Städten zu konzentrieren, ohne dass die entsprechenden notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden;
- l) mangelhafte Umweltauflagen und die eingeschränkte Umsetzung der bestehenden Vorgaben zur Bewertung der Umweltauswirkungen beim Abbau der natürlichen Ressourcen, beim Management von Industrieabfällen und Stadtmüll sowie beim Schutz von Gewässern, Boden und Luft;
- m) Fehlen angemessener Informationen für die Bevölkerung über die industriellen oder landwirtschaftlichen Projekte und Fehlen realer Partizipationsmechanismen vor deren Durchführung;
- n) Begünstigung der Konzentration der Massenmedien und Behinderung der Versuche, von den wirtschaftlichen Eliten unabhängige Kommunikationsmedien zu gründen.

8. Die Auswirkungen auf die Rechte der Menschen und die Umwelt

Die Daten, die von nationalen und internationalen Organismen, sozialen Organisationen und den ZeugInnen im Zuge der Anhörung vorgebracht wurden und die Schwere der Auswirkungen für die Rechte der Menschen und die Umwelt aufzeigen, sind erdrückend:

- massive Durchdringung sämtlicher Wirtschaftssektoren durch transnationale Firmen, wie bereits aufgezeigt wurde;

- Vertreibung von Angestellten, IndustriearbeiterInnen und BäuerInnen aus dem Arbeitsmarkt: Nach offiziellen Angaben sind 2,4 Mio. Menschen arbeitslos, unabhängigen Studien zufolge sind es jedoch 8,7 Mio. Menschen;
- Anstieg der Armut: Gegenwärtig leben in Mexiko 60 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze und drei von vier Bauernfamilien sind arm;
- Zerstörung des Arbeitsmarktes und die Gewalt sind die Hauptgründe dafür, dass Mexiko ein Hauptexporteur von MigrantInnen ist: 18 Mio. Menschen sind allein in die Vereinigten Staaten emigriert;
- Durch die Durchdringung mit genveränderten Produkten werden andere Anbaukulturen verdrängt. Die neuen Anforderungen für die Zulassung von Saatgut nutzen einzig und allein transnationalen Firmen und sind ein Angriff auf die traditionellen Systeme der Verwaltung und des Austauschs von Saatgut;
- Mexiko hat seine Ernährungssouveränität verloren: Ein großer Anteil der benötigten Menge an Reis, Mais, Weizen, Soja, Sorghum, Fleisch und Bohnen, müssen inzwischen importiert werden;
- Insbesondere das untrennbar mit der mexikanischen Kultur verbundene Hauptnahrungsmittel Mais ist durch das Zusammenspiel der Auswirkungen von Agrar- und Handelspolitik stark bedroht;
- Die indigenen Völker sind besonders stark von diesen Entwicklungen betroffen: von den Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Verwaltung ihres Grund und Bodens und die Umwelt;
- Mexiko erlebt eine Umweltkrise von großem Ausmaß: 70% der Flüsse des Landes sind stark verschmutzt; innerhalb von 30 Jahren hat sich Anzahl übernutzter Grundwasservorkommen verdreifacht; das Land steht hinsichtlich des Verlustes der biologischen Vielfalt und der Wälder an einer der vordersten Stellen; mehr als 80% der gefährlichen Industrieabfälle werden nicht angemessen entsorgt und nur 15% der städtischen Müllhalden erfüllen teilweise die Umweltvorschriften.

9. Die Unterdrückung abweichender Meinungen und gesellschaftlicher Antworten und der Aufstieg der organisierten Kriminalität

Die Gesamtheit der angewandten Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Rechte der Menschen haben verständlicherweise eine große Anzahl von Protesten von unterschiedlicher Reichweite und Umfang hervorgerufen. In der Antwort des Staates auf diesen Widerstand zeigen sich weitere Schlüsselfaktoren, die das hohe Gewaltniveau in Mexiko erklären. Indem sie die aus den Vereinigten Staaten übernommene Doktrin für die nationale Sicherheit anwendet, schließt die mexikanische Regierung alle Türen für Debatten, in denen kritische Punkte zur Sprache kommen, kriminalisiert abweichende Meinungen, unterdrückt gnadenlos deren Äußerung in jeglicher Form und ist damit zum Hauptverursacher der sozialen, politischen und militärischen Gewalt geworden.

In diesem Kontext verschmilzt das Handeln polizeilicher und militärischer Kräfte zu zahlreichen Anlässen mit dem anderer bewaffneter Akteure, die mit dem organisierten Verbrechen oder von wirtschaftlichen Unternehmen geschaffenen paramilitärischen Gruppen in Verbindung stehen.

Die Welle der strukturellen Gewalt wird vom fehlenden Willen oder der fehlenden Wirksamkeit der öffentlichen Hand begleitet, Ermittlungen zu von VertreterInnen des Staates wie auch von bewaff-

neten Akteuren verübten Verbrechen aufzunehmen. Das führt zu einem dramatischen Szenario der Straflosigkeit, das bereits in verschiedenen Berichten internationaler Organismen und sogar durch einige Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte dargestellt wurde.

Die in der Dokumentation der Anhörung aufgeführten Daten und Beispiele sind derart zahlreich und unterschiedlich, dass an dieser Stelle nur einige genannt werden sollen:

- mehr als 50.000 Tote in den vergangenen sechs Jahren mit anhaltender Tendenz; bei der großen Mehrheit handelt es sich um außergerichtliche Hinrichtungen;
- mehr als 18.000 verschwundene Personen;
- Von besonderer Schwere erweist sich die Gewalt gegen Frauen, die sich im ganzen Land ausbreitet. Allein in Ciudad Juárez wurde in den letzten Jahren ist durchschnittlich ein Mord pro Tag verzeichnet.
- Staatliche Kräfte wie auch andere bewaffnete Akteure verüben häufig Massaker. Im Rahmen der Anhörung wurde an die relativ kurze Zeit zurückliegenden Massaker von Ocosingo, San Cristóbal und Chicomuselo, Chiapas (im Januar 1994 und im Jahr 1995), das Massaker von Aguas Blancas, Guerrero (28. Juni 1995), das Massaker von Acteal, Chiapas (22. Dezember 1997), das Massaker von Charco, Guerrero (7. Juni 1998), das Massaker von Bosque in Chiapas (10. Juni 1998), die Unterdrückung und die Morde von Atenco (2001 und 2006), die Unterdrückung der LehrerInnenbewegung in Oaxaca und die nachfolgende Unterdrückung der Volksbewegung von Oaxaca mit mehr als 20 Morden (im Verlauf des Jahres 2006), die Unterdrückung der indigenen Gemeinschaften von Cherán und Ostula Michoacán mit mehr als 10 Morden (zwischen 2011 und 2012) sowie die Unterdrückung des Widerstandes gegen die kanadische Mine San José del Progreso, Oaxaca, mit zwei Morden und mehreren Verletzten (im Verlauf des Jahres 2012) erinnert.
- Dazu kommen die Massaker an MigrantInnen, die das mexikanische Land durchqueren müssen, um in die Vereinigten Staaten zu gelangen. Es gab den Fall des Massakers an 72 zentral- und südamerikanischen MigrantInnen, die in der Gemeinde San Fernando, Tamaulipas, hingerichtet wurden (2010); oder den Fall der 49 enthaupteten und verstümmelten Kadaver, die 2012 an einer Straße, die den Norden der mexikanischen Bundeshauptstadt von Monterrey mit der Grenze der Vereinigten Staaten verbindet, abgelegt wurden, weshalb es sich hierbei um MexikanerInnen oder zentralamerikanische MigrantInnen handeln könnte, die in die Vereinigten Staaten gelangen wollten; oder die 18 Körper, die im selben Jahr in einer touristischen Gegend in der Nähe von Guadalajara gefunden wurden; oder die 23 Leichen, die in der Grenzstadt Nuevo Laredo, wo die Gewalt zwischen den Kartellen eskalierte, enthauptet oder an einer Brücke aufgehängt gefunden wurden. Außerdem sind im Verlauf des Jahres 2012 weiter regelmäßig Leichen in den Bundesstaaten Veracruz, Guerrero, Morelos, Jalisco, Tamaulipas und Nuevo León aufgetaucht.
- die Zerstörung von Wohnhäusern, um die Vertreibung von Familien und Gemeinden zu erzwingen und so das Land für verschiedene Industrie-, Tourismus-, Bergbau- oder Straßeninfrastrukturprojekte nutzen zu können;
- Die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegungen: Das meiste Aufsehen erregte dabei die Entlassung von 44.000 Angestellten des Elektrizitätsunternehmens *Luz y Fuerza del Centro* und die nachfolgende Stigmatisierung jener, die der Entlassung nicht zustimmen wollten.
- Die wahllosen Angriffe auf jene Bevölkerungskreise, die mit keinem konkreten Protest etwas zu tun haben. Diese Angriffe dienen einzig und allein der Demonstration der Fähigkeit, einen Zu-

stand des Terrors aufrechtzuerhalten, wie die Fälle von Angriffen auf Familien oder Gruppen von Jugendlichen zeigen.

- die Verfolgung und häufig auch Ermordung derer, die für jene Kommunikationsmedien arbeiten, die versuchen, der Bevölkerung wahre Informationen über das Problem der Gewalt in Mexiko zu vermitteln;
- die Vernichtung ganzer Familien als Vergeltungsmaßnahme dafür, dass sich einzelne Familienmitglieder für die Verteidigung der Menschenrechte eingesetzt oder Widerstand gegen verschiedene Unternehmensprojekte geleistet haben;
- und die besonders schwerwiegende und schmerzhafteste Verfolgung der Menschenrechts- und UmweltverteidigerInnen mit dem Ziel, die Brennpunkte des Widerstandes gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen die Zerstörung der Umwelt zu beseitigen und die Angst als Grundlage für die erzwungene Akzeptanz der Durchsetzung des gesamten Modells zu schüren.

Ohne die auf der Grundlage des Rechts ausgeübte Staatsmacht hätte das neoliberale Modell einer Bevölkerung, die zu keinem Moment mit solch drastischen Veränderungen einverstanden war, nicht aufgezwungen werden können.

Das Recht wurde gewaltsam ausgenutzt, um den Menschen ein Programm aufzuzwingen, das im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) gipfelte und die Reichen und Mächtigen begünstigte. In den letzten 30 Jahren hat die durch das Recht gestützte staatliche Politik mehr Armut, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, geringere Gehälter und schlechtere Arbeitsbedingungen, den Verlust gemeinschaftlicher Ländereien, die Zerstörung der Umwelt, die Konsolidierung der organisierten Kriminalität, mehr außergerichtliche Morde und Verschwundene, mehr Gewalt gegen Frauen, mehr gezwungene Migration und mehr Kontrolle über Informationen bewirkt.

Das Recht ist vielschichtig, dynamisch und widersprüchlich. Einerseits ist es Teil der Staatsmacht, das zugunsten des Volkes genutzt werden kann; in diesem Fall kann man von einem Rechtsstaat sprechen. Aber in Mexiko existiert ein solcher Rechtsstaat nicht. Im Gegenteil, es gibt vielmehr eine Umleitung der Macht: Das Gesetz wird absichtlich zugunsten von Reichen und Mächtigen angewendet, inklusive der Megakonzerne, seien es ausländische oder nationale. Gleichzeitig ist das Recht ein wichtiges Instrument zur Kontrolle, Unterdrückung und Ausbeutung der großen Mehrheit der Bevölkerung, weil das System des Kapitalismus dies zwangsläufig erfordert.

10. Der Fall Chihuahua

Die Gründe für die besondere Berücksichtigung der Situation in dem Grenzstaat Chihuahua (exemplarisch ausgewählt aufgrund der verheerenden Auswirkungen des freien Handels in Mexiko) sind durch die Fälle, die in der Einführenden Allgemeinen Anhörung dargelegt wurden, auf tragische Weise bestätigt worden. Wie aus dem detaillierten Programm im Anhang ersichtlich ist, wurde zunächst ein spezifischer Bezugsrahmen für diese Region Mexikos vermittelt, und insbesondere wurden die Mechanismen und Konsequenzen der Überlagerungen von sozialem Verfall, globaler Gewalt und ganz speziell der genderspezifischen Gewalt, der strukturellen Verwurzelung der Machtverschiebung, Militarisierung, Kriminalisierung der sozialen Proteste, Gewalt gegen die Medienschaffenden, gewaltsamer Vertreibung, außergerichtlichen Hinrichtungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, Zerstörung der regionalen Wirtschaft, Verwüstung der landwirtschaftlichen Flächen und der Unfähigkeit der nationalen und internationalen Institutionen sichtbar, auf die gesellschaftlichen Beeinträchtigungen zu reagieren.

Vor allem Ciudad Juárez musste sich im Verlauf seiner Geschichte mit Projekten auseinandersetzen, die vom mexikanischen Staat veranlasst wurden und dazu führten, dass die Bevölkerung zersplittert und als verachtenswert behandelt wurde. Seit den 40er Jahren ließ der mexikanische Staat mittels Regelungen für Saisonarbeitskräfte wie dem *Programa Bracero* die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte unter riskanten Bedingungen zu, um die US-amerikanischen Kriegseinsätze während des Zweiten Weltkriegs und des Koreakriegs zu unterstützen. Später, in den 60er Jahren, institutionalisierte der mexikanische Staat mittels Initiativen wie dem *Programa Industrial Fronterizo* juristisch und ideologisch die Grundlagen für die Schaffung eines Pools von Arbeitskräften – der anfangs hauptsächlich aus Frauen bestand – für den Dienst am transnationalen Kapital. Seit dieser Zeit begann stufenweisen ein vergleichbarer Prozess auf dem Land, der Anfang der 90er Jahre in der Reform des Artikels 27 der Verfassung und der Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsvertrages NAFTA gipfelte. Die Ausnahmebedingungen, die in diesem Zusammenhang den transnationalen Interessen dienlich waren, haben Enklaven einer Maximierung prekärer Lebensbedingungen geschaffen.

Die niedrigen Löhne und intensiven Produktionsprozesse bringen die ArbeiterInnen in Juárez, anderen Teilen des Bundesstaates und dem Rest des Landes in eine Situation, in der sie hohen Risiken ausgesetzt sind. Das Arbeits- und Lebensmodell, das von der Maquiladora-Industrie ausgeht, hat Migrationsströme in solche Gegenden geschaffen, die durch intensives urbanes Wachstum und das Fehlen einer angemessenen und ausreichenden öffentlichen Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik gekennzeichnet sind.

Auf der anderen Seite hat der mexikanische Staat in seinem Streben nach der Ausweitung des Freihandels gezielt Aktionen unternommen, um die Organisations- und Reaktionsfähigkeit ganzer Gemeinden zu unterlaufen. Politische und gewerkschaftliche Repression, Gewalt gegen Frauen, gewaltsames Verschwindenlassen und die selektive Freizügigkeit gegenüber dem Drogen- und Waffenhandel sind einige der Instrumente, die der Staat einsetzt, um die Situation des Ausnahmezustandes beizubehalten und die Prekarisierung voranzutreiben.

In den vorgestellten Fällen wird ein Aspekt betont, der dem Tribunal sehr wichtig erscheint. Über die zerstörerischen Effekte eines politischen und ökonomischen Modells hinaus, das Gewinne auf Kosten der wachsenden Verletzlichkeit von Menschen maximiert, ist Ciudad Juárez nämlich auch ein Zentrum des Widerstandes. Dort wurde die Stimme erhoben, um die Welt über den strukturellen und tendenziellen Charakter der komplexen Probleme zu alarmieren, die hier auftreten. Unter großem Risiko für die Familienangehörigen und die MenschenrechtsverteidigerInnen, die sie begleiten, wurden dem Tribunal eine Vielzahl von Fällen präsentiert: das gewaltsame Verschwindenlassen in verschiedenen Regionen des Bundesstaates, die Hinrichtungen, das Exil und die hohen Risiken, denen JournalistInnen bei ihrer Arbeit ausgesetzt sind, wie beispielsweise der Fall von José Armando Rodríguez Carreño zeigt; die Ermordungen und das Verschwindenlassen von Frauen, die fehlende Umsetzung und Missachtung von Urteilen des Internationalen Gerichtshofs zur Gewalt gegen Frauen wie beispielsweise im Fall „Campo Algodonero“; die Zerstörung der kleinbäuerlichen und indigenen Landwirtschaft, die Zerstörung der Wälder der Sierra Tarahumara; die Migration, Flucht und erzwungene Vertreibung von hunderttausenden MexikanerInnen, die heute das „Mexilio“ (M-Exil) bilden; der schmutzige Krieg in Form von Gewalt, Straflosigkeit und dem fehlenden Zugang zur Justiz wie beispielsweise im Fall der paramilitärischen Überwachung in Lomas de Poleo; die Kriminalisierung von Jugendlichen und Schaffung von Sündenböcken durch Folter, deutlich zu erkennen im Falle des Massakers von Vilas de Salvarcar; und die systematische Verfolgung ganzer Familien von AktivistInnen, die sich im Laufe von 30 Jahren immer wieder gegen Projekte der Prekarisierung von Leben widersetzt haben, wie am Beispiel der Familie Reyes Salázar aus dem Valle de Juárez zu sehen war.

Einige Zahlen, die durch das Städtische Planungs- und Forschungsinstitut von Ciudad Juárez (*Instituto Municipal de Investigación y Planeación de Ciudad Juárez*) und das Colegio de la Frontera

Norte zwischen 2008 und 2009 zur Situation in Ciudad Juárez veröffentlicht wurden, veranschaulichen auf erschütternde Art und Weise diese Situation:

- 116.000 Häuser stehen leer (ein Viertel aller Häuser der Stadt).
- Es wird vermutet, dass zwischen 2008 und 2009 etwa 100.000 EinwohnerInnen nach El Paso, Texas, ausgewandert sind (vorrangig jene mit hohem Einkommen), viele andere kehrten an ihren Geburtsort zurück oder zogen weiter in andere Städte Mexikos.
- Allein in der für den Export produzierenden Maquiladora-Industrie (IME) gingen in diesen zwei Jahren mehr als 80.000 Arbeitsplätze verloren, was der wirtschaftlichen Rezession der USA geschuldet ist. Von den verbleibenden Maquiladoras sind 20% zu Kurzarbeit übergegangen: Die ArbeiterInnen arbeiten dort vertragsgemäß nur an drei Tagen pro Woche oder sind mehrere Wochenlang beurlaubt, ohne dass sie Gehalt bekommen.
- 10.000 kleine oder mittlere Betriebe wurden wegen Erpressung oder Drohungen geschlossen.
- Mehr als 600.000 Einwohner von Juárez leben in Armut.
- Man schätzt, dass es etwa 7.000 Waisenkinder gibt.
- Der Bundesstaat von Chihuahua war 2009 derjenige, in dem mit 3.250 Fällen am meisten Gewaltmorde gemeldet wurden. Innerhalb Chihuahuas war Ciudad Juárez mit 81% dieser Morde (2.630 Tote) die Gemeinde mit dem größten Anteil.

Es ist offensichtlich, dass der mexikanische Staat in Ciudad Juárez seinen Aufgaben nicht nur nicht nachkommt, sondern außerdem in den letzten Jahren Sicherheitsprogramme umsetzt, die ein erfüllendes und gewaltfreies Leben gar noch unmöglicher machen. Die vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass der Staat dem Freihandel und einem an Eliten und transnationalen Interessen ausgerichteten Entwicklungsmodell gezielt Frauen und Männer als billige Arbeitskräfte geopfert hat.

Es wurde angeklagt, dass der sogenannte „Krieg gegen den Drogenhandel“ die dritte und damit neueste Etappe dieses Projekts einer transnationalen Unterordnung ist. Darin kriminalisiert der mexikanische Staat die Grenzgemeinden, um Programme sozialer Säuberung umzusetzen und einen nicht erklärten Ausnahmezustand zu etablieren, welcher die HandlangerInnen des Staates jenseits des Gesetzes stellt.

In Ciudad Juárez sind all diese Angriffe auf die mexikanischen BürgerInnen in einer Vielzahl von Fällen konzentriert, von denen einige emblematischer Natur sind. Dies ist umso alarmierender, wenn man die große Zahl von Demonstrationen, Dokumenten, journalistischen Berichten, Zeugnissen und offiziellen Forderungen vor der Nationalen Menschenrechtskommission sowie den lokalen, nationalen und internationalen Gerichten bedenkt.

Nach Anhörung der allgemeinen Erklärungen derjenigen, die ihre Aussagen vor dieser Hörschaft gemacht haben, erklärt das Ständige Völkertribunal Folgendes:

1. In einem globalen Kontext, der durch ein Herrschaftssystem charakterisiert ist, das die Rechte der Völker auf Selbstbestimmung und ein Leben in Würde verletzt, beobachten wir mit großer Sorge den Fall Mexiko, wo die Menschenrechte stetig und systematisch verletzt werden. Opfer sind diejenigen, die mit ihrem Einsatz, ihrer Intelligenz und ihren Fähigkeiten den Reichtum des Landes schaffen, der sich unberechtigt von einer kleinen lokalen Minderheit aneignet wird, die mit der transnationalen ökonomischen Macht verbunden und dieser untergeordnet ist.

So kommt es, dass der reichste Mensch auf der Welt ein Mexikaner ist, der nun 3,4 Milliarden US-Dollar in eine europäische Firma investiert, während gleichzeitig eine Vielzahl von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen in Mexiko und auch in Zentralamerika bis zu zwölf Stunden täglich in den Maquiladoras arbeiten und dabei ihre Gesundheit und in manchen Fällen ihr Leben aufs Spiel setzen – und das für Löhne, die nicht mehr als 100 US-Dollar im Monat betragen.

2. Obwohl natürlich der mexikanische Staat nicht der einzige Verantwortliche für all das Dargelegte ist, spricht ihn das nicht von seiner Hauptverantwortung frei, die er aufgrund seiner Handlungen oder Unterlassungen hinsichtlich der Definition und Umsetzung seiner Wirtschafts-, Handels- und Sozialpolitik trägt. Letztere haben zu einer massiven und systematischen Verletzung eines Ensembles an zivilen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechten eines großen Teils der mexikanischen Bevölkerung geführt.

3. Das Tribunal ist der Meinung, dass die sozialen Organisationen Mexikos alle möglichen Mechanismen gründlich untersuchen sollten, um den Rückzug Mexikos aus dem NAFTA-Vertrag einzuleiten. Unter anderem kann auf folgende Möglichkeiten hingewiesen werden: a) Kündigung des Vertrags; b) Bezugnahme auf eine juristisch höher gelagerte Vorschrift wie beispielsweise das Prinzip der Respektierung der Menschenwürde, die auf Gleichheit und Nicht-Diskriminierung beruht und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Abkommen über die zivilen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und anderen internationalen Abkommen und Konventionen aus dem Bereich der Menschenrechte festgeschrieben ist, zur Annullierung des Vertrags; c) die Prüfung des Vertrags auf Verfassungskonformität; d) das Herausstellen von irreparablen Fehlern in der Verabschiedung des Vertrages, die seine Nichtigkeit bedeuten würden; e) ein Drängen auf Annullierung des Vertrages, falls die staatlichen Autoritäten durch seine Verabschiedung ihr Mandat verletzt haben; f) das Vortreiben öffentlicher Gesetzesinitiativen, suspensiver Referenden oder anderer gesellschaftlichen Ausdrucksformen gegen den Vertrag.

4. Das Tribunal klagt an, dass die Rechte der indigenen Völker in Mexiko in der Realität nicht anerkannt werden. Die indigenen Völker des Landes kommen nicht in den Genuss ihrer durch die ILO-Konvention 169 und die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker festgelegten Rechte. Dies betrifft insbesondere das Recht auf politische Autonomie, auf Eigentum ihres Landes und auf Konsultation, wenn wirtschaftliche Projekte sie direkt betreffen können. Die indigenen Völker in Mexiko stellen eine Gruppe dar, die gegenüber den angeführten Wirtschaftsprogrammen besonders verletzlich ist und daher speziellen Schutz verdient.

5. Das Tribunal hält viele der ihm gegenüber bewiesenen Episoden für Fälle von Staatsterrorismus, der als staatlich geplantes und ausgeführtes Programm zu verstehen ist, um auf illegale Weise den sozialen Protest zu bekämpfen, die politische oder ideologische Opposition zu lähmen oder zu zerstören und/oder die bewaffnete Opposition auszulöschen und/oder die Aussetzung verfassungsmäßiger Garantien, die Errichtung eines Ausnahmezustandes und die Verletzung der Menschenrechte zu rechtfertigen.

6. Viele der festgestellten Verbrechen können im Sinne des von Mexiko ratifizierten Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Das liegt darin begründet, dass diese Verbrechen im Zuge eines generellen oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden: Dies ist der Fall bei den Hinrichtungen, Massakern, willkürlichen Verhaftungen, der Folter, den Vergewaltigungen oder dem gewaltsamen Verschwindenlassen von Personen. All dies würde genügen, um Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs einzuleiten.

7. Dem Tribunal wurde eine spezielle Petition vorgelegt: Es solle sich der Forderung danach anschließen, dass alle Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens lebendig zurückkehren, wobei es sich dabei heute bereits um mehrere tausend Menschen handelt, vor allem Frauen. Die Petition

wurde in einem herzerreißenden Schrei vorgebracht, der durch das Publikum wiederholt wurde und weiter fortklingt: „Lebendig nahm man sie von uns, lebendig wollen wir sie zurück“. Dies umfasst die ganze Grausamkeit des Verbrechens.

Die generalisierte und systematische Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens ist nach internationalem Recht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Verbrechen betrifft diejenigen, die verschwunden werden, ihre Familien und Freunde und die ganze Gemeinschaft. Alle sie sind dazu verdammt, mit der tage-, monate- oder jahrelangen Ungewissheit zu leben, nicht zu wissen, wo die Verschwundenen sind, wer die Tat im Auftrag gegeben hat, wofür oder für wen.

Die Familien der Opfer haben das unveräußerliche Recht, die Wahrheit zu erfahren, die Verschwundenen wiederzubekommen oder zu erfahren, was mit ihnen geschehen ist. Und keine Behörde kann Argumente dafür finden, ihnen dieses Recht zu verweigern.

8. Nach internationalem Recht muss der Staat die Menschenrechte schützen und ihre Verletzungen untersuchen und bestrafen. Mexiko hat sich weder willig noch fähig gezeigt, die Menschenrechte seiner BewohnerInnen zu schützen noch Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und die Verantwortlichen zu bestrafen, weshalb der Staat für die das Land charakterisierende Straflosigkeit verantwortlich ist.

Dieses Tribunal unterstreicht, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit unbedingt einen zentralen Raum im kollektiven Denken und Handeln einnehmen muss. Das Tribunal unterstreicht ebenso, wie wichtig es ist, auf diesem Weg keinerlei Möglichkeit zu verwerfen, wie wenig perfekt diese auch sei, beispielsweise:

- die juristischen Institutionen sowohl des In- als auch des Auslands aufzufordern, die Verantwortlichen des gewaltsamen Verschwindenlassens, seien sie politischer, materieller oder intellektueller Art, strafrechtlich zu verfolgen und gebührend zu verurteilen;

- eine gesellschaftliche Verurteilung aller in diese Verbrechen involvierten Akteure zu schaffen: seine materiellen Autoren, das politisch-juristische System, das sie schützt, und diejenigen, die sie bewaffnen und von den Verbrechen profitieren;

- eine ethische Verurteilung gegenüber dem Staat zu erreichen, weil er das genannte System der Straflosigkeit aufrechterhält. Diese Verurteilung ist sowohl in Mexiko als auch auf internationaler Ebene anzustrengen. Dieses Tribunal ist eine der Instanzen, von der aus dieses ethische Urteil zu formulieren ist.

9. Außerdem ist der mexikanische Staat der Hauptverantwortliche für die Rechtsverletzungen an den Opfern und ihren Familienangehörigen, die sich aus dieser Straflosigkeit ergeben. Dies liegt vor allem an der skandalösen Respektlosigkeit, die in den meisten der Fälle gezeigt wird, sowie an der Reviktimisierung der Opfer, wenn Verbrechen zur Anzeige gebracht werden. Dies steht im klaren Widerspruch zu den international anerkannten Rechten der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

10. Das Tribunal hält es für nötig, mit der Dokumentation und dem Anklagen von Verletzungen der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gegenüber nationalen, regionalen und internationalen Schutzorganismen bis hin zum Internationalen Strafgerichtshof fortzufahren, so begrenzt der Effekt dessen auch sei.

11. In Mexiko besteht die dringende Notwendigkeit der Schaffung einer authentischen Demokratie, die auf aktiver Partizipation und breiter Information der BürgerInnen und sozialen Gemeinschaften über die Umsetzung von Entscheidungen auf allen Ebenen basiert. Dies umfasst sämtliche Etappen der Politikgestaltung von der Festlegung der Ziele und der dafür einzusetzenden Mittel bis zur Um-

setzung der Entscheidungen und Evaluation ihrer Ergebnisse.

12. Es gibt auf der Welt viele weitere Länder mit ähnlichen Problemen, die durch die neoliberale Politik ihrer Regierungen bedingt sind. Es wird empfohlen, Kontakt mit nationalen und internationalen Vereinigungen von engagierten AnwältInnen und Gruppen von MenschenrechtsbeobachterInnen aufzunehmen, die langjährige Erfahrung im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen sowie der Unterstützung von Widerstand und Präventionsstrategien haben. Dies kann zum Austausch von Informationen und für die Analyse nützlich sein und dabei helfen, einen effizienteren Widerstand gegen die Ungerechtigkeit aufzubauen.

13. Das Tribunal ruft die Gruppen und Organisationen, die zu diesem Mexiko-Kapitel beigetragen haben, dazu auf, mit ihrer Arbeit fortzufahren und weitere Fälle zu dokumentieren, die es dem Tribunal erlauben, die Analyse über den Fall Mexiko in den nächsten Anhörungen zu vertiefen, die im kommenden Jahr stattfinden werden.

Die analysierten Erklärungen und Dokumente zeigen glaubwürdig, dass jede der vorgestellten Problematiken real ist und das mexikanische Volk in seiner Gesamtheit betreffen.

Daher beschließt das TPP diese erste Reihe von Empfehlungen und betont dabei die besondere Bedeutung der Zeugenaussagen, die von denjenigen abgegeben wurden, die Opfer der hier angeklagten staatlichen Politik sind.

Es gab diejenigen, die in Ciudad Juárez waren, diejenigen, die durch Bilder oder durch die Stimmen ihrer Brüder und Schwestern bei uns waren. Alle diese Zeugnisse waren und sind ein Akt des Mutes und Tapferkeit, ein Akt der Solidarität, und offenbaren die mexikanische Realität, damit andere wagen, es ihnen gleichzutun.

Mit jeder ZeugInnenaussage wurde der Anklage Körper und Menschlichkeit verliehen. Jene, die zu leben verlangen, bekamen einen Namen, ein Alter, ein individuelles und kollektives Gesicht. Aber sie wollen nicht nur irgendwie leben. Sie haben ihre Rechte eingefordert, ihre Rechte, mit und in Würde zu leben. Diese Würde wurde ihnen durch Handlungen und Unterlassungen entrissen, die die Gerechtigkeit als Verbrechen gegen die Gesellschaft, gegen die Gemeinschaft, gegen die Menschlichkeit definiert.

Leben und Tod, prekarierte und verlorene Arbeit, vergewaltigte Frauen und Mädchen, verschwunden und verscharrt in Gräben, erzwungenes Verlassen des Landes und der Heimat, Identitäten herausgerissen genauso wie Mais ... Alles dies und noch viel mehr wurde in Worte gefasst.

Das Tribunal unterstreicht die multiplizierende Macht der ZeugInnenaussage in der ersten Person, einzeln und kollektiv: Ich, Wir.

Außerdem ist es ein befreiender Akt. Öffentlich das Wort zu ergreifen bedeutet, sich zu widersetzen und zu sagen „Ich, wir, SIND und klagen an und fordern“. Wir fordern, haben sie gesagt: „Wir fordern das lebendige Leben unserer verschwundenen Töchter. Gerechtigkeit für unsere ermordeten Brüder, für unsere privatisierten öffentlichen Güter, für unsere vergifteten Gewässer. Wir wollen selbst wählen, innerhalb welcher Grenzen wir aufwachsen und was wir auf unserem Land anbauen wollen. Darüber entscheiden, unter welchen Bedingungen wir arbeiten. Und die Freiheit und die Möglichkeiten haben, unsere Meinung zu äußern und uns zu informieren.“

Das Tribunal hält fest, dass diese öffentlichen Bekundungen die Politik vereiteln sollen, durch Angst und Schmerz jene zu unterwerfen, die unter ihr leiden, die Freunde, die Geschwister, die gesamte Gemeinschaft.

Jedes Zeugnis, alle diese Zeugnisse, waren und sind ein kollektiver und persönlicher Akt des Widerstandes. Sie sind ein Aufruf dazu, teilzunehmen, sich zu organisieren, zu kämpfen, Protagonist zu sein, die Isolation, Machtlosigkeit und Resignation zu durchbrechen. Eine Anklage der Verantwortlichen jedes Verbrechens. Ein Akt der Verständigung darüber, dass das, was geschieht, nicht Ergebnis isolierter, unmotivierter Handlungen ist, sondern die Folge einer geplanten Staatspolitik.

Das Tribunal bestätigt, dass alle diese Zeugnisse, jedes einzelne Zeugnis, in einem Akt der Konstruktion von Erinnerung erklingt, der Erinnerung an Schmerz, Vertreibung, Straflosigkeit und Ungerechtigkeit – aber gleichzeitig der Erinnerung an die tagtäglich gelebten solidarischen Handlungen, Kämpfe und Organisationen und die Brüderlichkeit, die auf dem Weg entsteht. Erinnerung entsteht aus all dem Erlittenen, aber ebenso aus den zurückgelegten und noch zu gehenden Wegen, um ein Leben in Würde und Gerechtigkeit zu schaffen.

Ciudad Juárez, Chihuahua, Mexiko, 30. Mai 2012

Dt. Übersetzung aus dem Spanischen von: Berit Hannappel, Leticia Hillenbrand, Stefanie Kern, Katja Rameil, Tobias Wallusch.

Anexo

**Tribunal Permanente de los Pueblos
Libre comercio, violencia, impunidad y derechos de los pueblos en México (2011-2014)**

**Audiencia General Introdutoria
Ciudad Juárez, Chihuahua, 26 - 28 de Mayo 2012**

PROGRAMA

Domingo 27 de Mayo		
16:00-19:30	Instalación de la Audiencia General Introdutoria	
	Bienvenida de los grupos sociales de Chihuahua	Grupo local
	Introducción al TPP y presentación del jurado	Gianni Tognoni
	Presentación de las organizaciones de México	Grupos promotores
	Presentaciones de Chihuahua	Grupo local
	Presentación de la caravana	Grupos Promotores
	Los tratados de libre comercio	Andrés Barreda
Lunes 28 de Mayo		
9:00 – 9:30	Bienvenida	
9:30 - 10:30	Guerra sucia como violencia, impunidad, y falta de acceso a la justicia	Coordina: Carlos Fazio. Introduce testimonios: Alma Erendira Antonio y Juan de Abejas de Acteal testifican
10:30 - 11:30	Feminicidio y violencia de género	Coordina: Teresa Pérez. Testifica: Gloria Guadalupe Flores Ruiz de Chiapas. Testifica: Mariana Selvas Gómez de Atenco
11:30 - 12:00	Receso	
		Coordina: Paola Alcazar. Presenta:

12:00 - 13:00	<i>Migración, refugio y desplazamiento forzado</i>	Camilo Pérez. Testifican: Antonio y Juan de las Abejas de Acteal
13:00 - 14:00	<i>Violencia contra los y las trabajadores</i>	Coordina: Jose Humberto Montes de Oca Luna, Sindicato Mexicano de Electricistas. Testifica: Jorge Cazares Torres, Sección 18 del Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación y de la Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación de Michoacán
14:00 - 15:00	Comida	
15:00 - 17:00	<i>Violencia contra el maíz, soberanía alimentaria y la autonomía</i>	Coordina: Alfredo Zepeda. Testifican: Alberto Gómez, Eutimio Díaz, Josefina Santiago
17:00 - 18:00	<i>Devastación ambiental y derechos de los pueblos</i>	Coordina: Elizabeth Medina de Pro San Luis Ecológico. Testifican: Graciela Martínez de la Coalición por la Defensa de la Cuenca de la Independencia de Guanajuato, Carlos Olivares, Movimiento Ciudadano Defensa de la Loma de Santa María de Michoacán, Leobigildo Vásquez Sánchez de la Coordinadora de Pueblos Unidos del Valle de Ocotlán, Oaxaca
18:00 - 19:00	<i>Desinformación, censura y violencia contra comunicadores</i>	Coordina: Gabriel Sosa Plata de la Asociación Mexicana del Derecho a la Información. Testifica: Colectivo Zapote.
19:00 - 20:30	Actividades Culturales	
Martes 29 de Mayo		
10:00	Bienvenida	
10:15 - 13:00	<i>Caso Chihuahua</i>	Introducción y moderación: José Luis Flores
	<i>Guerra sucia como violencia, impunidad y falta de acceso a la justicia</i>	Articula: Patricia Galarza del Centro de Derechos Humanos Paso del Norte Casos: Lomas de Poleo. Despojo, impunidad, violencia. Testimonio en vivo de colono Familia Alvarado. Desaparecidos. Testimonio en vivo de un familiar. María de Jesús Alvarado Familia Reyes Salazar. Impunidad.

	<p>Testimonio en video. Doña Sara Salazar Familia Muñoz. Comunidad de Anahuac. Testimonio de Emma Veleta de Muñoz</p>
<p>Violencia de género y feminicidio</p>	<p>Articula: Graciela Ramos de Mujeres por México</p> <p>Casos: Rubí Frayre. Presenta Luz Esthela Castro, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres Campo Algodonero. Presenta Imelda Marrufo de la Red Mesa de Mujeres Desaparecidas. Presenta Cecilia Espinosa de la Red Mesa de Mujeres Agresiones contra defensoras de derechos humanos. Presenta Luz Esthela Castro, Centro de Derechos Humanos de las Mujeres</p>
<p>Devastación ambiental y derechos de los pueblos</p>	<p>Lorenzo Moreno Pajarito de Municipio de Urique. Proyecto turístico y escasez de agua</p>
<p>Violencias contra las y los trabajadores</p>	<p>Articula: Willivaldo Delgadillo. Grupo de Articulación justicia en Juárez</p> <p>Casos: Violaciones a los derechos de los trabajadores. Presenta Elizabeth Avalos del Centro de Taller Laboral Lucha de los trabajadores en defensa de sus casas. Presenta Gabino Gómez de El Barzón y Centro de Derechos de las Mujeres</p>
<p>Violencia contra el maíz, la soberanía alimentaria y la autonomía</p>	<p>Articula: Gabino Gómez</p> <p>Pedro Turoseachi. Rekusachi, Norogachi Guachochi Miembro de CONTEC Testimonio del problema del maíz en la sierra Víctor Quintana del Frente Democrático Campesino La crisis del Campo en Chihuahua</p>
<p>Migración, refugio y desplazamiento forzado</p>	<p>Articula: Rubén García de Casa Anunciación Mexicanos en el Exilio o Mexilios</p>
<p>Desinformación, censura y violencia contra los comunicadores</p>	<p>Luz del Carmen Sosa. Periodista. Introducción a la situación de los comunicadores en el Estado de Chihuahua Pablo Hernández Batista, Comunicador y catedrático Caso de violencia y exilio contra comunicadores. Video de Rosa Isela Pérez radicada en España Caso de José Armando Rodríguez Carreño, El Choco. Presenta Blanca Martínez, esposa</p>

13:00 - 14:20	<i>Acusacion general de la Audiencia General Introdutoria</i>	Raymundo Espinoza
14:20 - 14:30	Consideraciones conclusivas	Ramón Vera
Deliberación del jurado		
19:30 - 20:30	Lectura de la decisión del jurado	